

Verhandlung mit gutem Ergebnis!



Berlin und die Gewerkschaften haben sich in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst auf Eckpunkte verständigt. Die SPD Berlin begrüßt das Ergebnis: Es ist ein richtiges und wichtiges Signal an die öffentlich Beschäftigten in Berlin! Seit 2003 haben sie einen wichtigen Teil zur Konsolidierung der Berliner Finanzen beigetragen – und damit viel für Berlin getan! Auch mit dem persönlichen Einsatz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit wurden Eckpunkte beschlossen, durch die die Mitarbeiter nicht nur mehr im Geldbeutel, sondern auch sichere Arbeitsplätze und eine Perspektive für die Zukunft haben:

■ Löhne und Gehälter steigen wieder!

Vom 01. August 2011 an erhalten die öffentlich Beschäftigten in Berlin eine durchschnittliche Tarifsteigerung von 3,1 Prozent.

■ Rückkehr in den Tarifvertrag der Länder beschlossen!

Berlin wird bis zum 31. Dezember 2011 wieder Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). Von da an werden alle Tarifsteigerungen der TdL automatisch übernommen. Die in der TdL für 2011 vereinbarte Tarifsteigerung wird für Berlin zum 1. Oktober 2011 ebenfalls übernommen.

■ Perspektive für die Zukunft geschaffen!

In den Jahren 2013, 2014 und 2015 wird Berlin zusätzlich zu den Abschlüssen der TdL einen Anpassungsbetrag von jeweils mindestens 0,5 Prozent zahlen, um bis spätestens 2017 100 Prozent des Niveaus der anderen Länder zu erreichen. Garantiert wird eine Tarifsteigerung von insgesamt mindestens 2 Prozent.

■ Keine Unterschiede zwischen Ost und West!

Ab 01. August 2011 entfallen alle Unterschiede zwischen West- und Ostbeschäftigten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt damit für alle Angestellten 39 Stunden. Die Regelungen des Tarifrechts West einschließlich der Unkündbarkeit gelten auch im bisherigen Tarifgebiet Ost.

Jetzt entscheiden die Gewerkschaftsmitglieder bis zum 5. März. Die Berliner SPD hofft, dass sie die guten Ergebnisse annehmen.

Denn gleichzeitig ist es richtig und wichtig, Maß zu halten: Berlins Situation hat sich durch vernünftige rot-rote Konsolidierungspolitik und die Solidarität innerhalb Berlins deutlich verbessert. Diesen Weg muss Berlin weitergehen – erst recht, wenn durch schwarz-gelbe Klientelpolitik Ausfälle in Millionenhöhe auf Berlin zukommen.